Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 5

Artikel: Variationen zum Thema Sprache und Politik
Autor: Reich, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164024

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Richard Reich

Variationen zum Thema Sprache und Politik

Politik ist Kampf um die Ordnung des Gemeinwesens. Dieser Kampf wird in der rechtsstaatlichen Demokratie gewaltlos geführt. Damit wird die Sprache zum Hauptmittel der Entscheidungsbildung. Sie ist gewissermassen die zentrale Rahmenbedingung politischen Handelns. Sie kann aber auch Instrument zur Zerstörung der Politik im freiheitlichen Sinn sein.

Orwells Alt- und Neusprache

George Orwell hat das in seinem Buch «1984» nach dem Zweiten Weltkrieg eindringlich geschildert. In seinem «Ozeanien» wird eine Neusprache als Amtssprache eingeführt, um die freiheitliche Altsprache als Ausdrucksform eigenständigen Handelns zu überdecken und allmählich in Vergessenheit geraten zu lassen. Diese Regimesprache besteht teils aus neuen, teils aus sinnentleerten oder völlig umfunktionierten Begriffen. Zum Beispiel: «Das Wort ‚frei' gab es zwar in der Neusprache noch, aber es konnte nur in Sätzen wie ‚Dieser Hund ist frei von Flöhen' oder ‚Dieses Feld ist frei von Unkraut' angewandt werden. In seinem alten Sinn von ‚politisch frei' oder ‚geistig frei' konnte es nicht gebraucht werden, da es diese politische oder geistige Freiheit nicht einmal mehr als Idee gab und infolgedessen auch keine Bezeichnung dafür vorhanden war.»

Es liegt auf der Hand, was Orwell bei der Schilderung seines «Ozeanien» vor Augen hatte: die Realität des braunen und roten Totalitarismus. Was bei den Nationalsozialisten noch mehr oder weniger punktuell geschah, das erhoben die totalitären Kommunisten zum System: Sie bemächtigten sich im wahrsten Sinn des Wortes der Sprache, und zwar nicht nur der politischen. Sie taten damit das auf ihre wahrhaft revolutionäre Art, was Konfuzius schon 500 v. Chr. als zentrale politische Funktion definiert hatte.

Der Ratschlag des Konfuzius

Auf die Frage: «Was würdest du als erstes tun, wenn du morgen die Leitung eines Staates zu übernehmen hättest?», gab er die folgende Antwort: «Ich würde zuerst die Bedeutung der Worte festlegen; denn wenn die Bedeu-

tungen nicht klar sind, stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die rechten Werke nicht zustande; kommen die rechten Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht, so treffen die Strafen nicht; treffen aber die Strafen nicht, so weiss das Volk nicht, wohin es Hand und Fuss setzen soll. Darum sorge der Edle, dass er seine klaren Begriffe zu Worten und seine Worte zu Taten machen kann und dulde nicht, dass in seinen Worten irgend etwas in Unordnung ist. Darauf kommt es an.»

Diese eindringlich formulierte Erkenntnis des unmittelbaren Zusammenhangs zwischen Sprache und politischer Ordnung haben die totalitären Machthaber unseres Jahrhunderts in typischer totaler Pervertierung entschlossen befolgt – nicht, um dem Volk zu sagen, wohin es in Sicherheit und mit Vertrauen Hand und Fuss setzen könne, sondern um es in einen steten Zustand der Verunsicherung und damit der Disziplinierung zu versetzen. Der Totalitarismus unserer Tage will den Menschen ganz in seinen Griff bekommen. Die Sprache ist eines der Mittel dazu. Das wusste schon der sozialwissenschaftlich hochbegabte Lenin. In Goebbels' Tagebücher wimmelt es von entsprechenden Überlegungen. Und von Stalin gibt es eine Aufsatzsammlung, die 1951 unter dem Titel «Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft» auch auf deutsch eine Anleitung zur «Revolution von oben» auch durch sprachliche Mittel bot.

Die Wortschöpfungen der Nationalsozialisten stammten weitgehend aus dem Bereich von «Blut und Boden». Eine sprachwissenschaftliche Bestandesaufnahme aus den sechziger Jahren weist zum Beispiel 29 entsprechend eingefärbte Wortverbindungen mit Blut, 30 mit Rasse, 25 mit Volk und 13 mit Art auf. Dazu kamen Pervertierungen angestammter Wörter wie «Führung», das danach längere Zeit fast unbrauchbar wurde, oder wie «Liquidation», das vom harmlosen kaufmännischen Begriff in die Sphäre des politischen Mordes und damit ins Unmenschliche übertragen wurde.

Unterwanderte Begriffe

Die Kommunisten haben sich in besonderem Masse auf die Umfunktionierung angestammter Begriffe konzentriert. Eine eingehende Analyse des politischen Wortschatzes in der DDR ergab Mitte der sechziger Jahre einen Anteil von 30 Prozent an neuen oder umgeformten Begriffen, wobei immerhin 13 Prozent davon auf originäre Neuprägungen entfielen. Ein Hauptmerkmal bildet dabei die polarisierende Tendenz: Mit der bürgerlichen Welt gibt es grundsätzlich keine gemeinsame Sprache. So ist entsprechend einer Moskauer Sprachregelung der Rechtsstaat «ein antiwissenschaftlicher Begriff, der in der bürgerlichen juristischen Literatur begründet ist und den bürgerlichen Staat so hinstellt, als ob es darin keinen Raum für willkürliche

Machtausübung gäbe, da dort angeblich nur Recht und Gesetzlichkeit herrschten. Die Lehren vom Rechtsstaat richten sich entschieden gegen die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und seit der Errichtung der sozialistischen Staaten auch gegen diese.»

Ähnlich wurde mit der Demokratie verfahren. Zunächst war sie für die Bolschewisten einfach die Staatsform des kapitalistischen Imperialismus, während die Diktatur des Proletariats als die einzig menschenwürdige Regierungsart ausgegeben wurde. Dann entdeckten die Kommunisten jedoch den Propagandawert des Wortes Demokratie, vor allem auch im Hinblick auf den Westen und die Entwicklungsländer. Und flugs wurde der Begriff der «Volksdemokratie» geprägt, in der die «Arbeiterklasse» herrscht, im Gegensatz zur «bürgerlichen Demokratie» mit ihrer angeblich kapitalistischen Bevormundung.

Solche Sprachregelungen durchziehen bekanntlich das ganze Wörterbuch des Kommunismus. Die sowjetische Politik strebt zum Beispiel prinzipiell den Frieden an, auch wenn die Rote Armee zum Einsatz kommt, während die westliche Politik im Lichte der Sowjetpropaganda grundsätzlich von Kriegshetzern diktiert wird. Der Kommunismus kämpft prinzipiell für die Freiheit, allerdings nicht für die Freiheit im abendländischen Sinn, das heisst für die Selbstbestimmung und Würde des Individuums, sondern für eine Freiheit, die allein in der «freiwilligen» Anerkennung der gesellschaftlich-politischen Entwicklung besteht, wie sie von der kommunistischen Führung verstanden und den von ihr beherrschten Völkern diktiert wird.

Änderung des Menschen über die Sprache

Womit sich ein Kreis geschlossen hat: Im eingangs zitierten Abschnitt aus Orwells «1984» war Freiheit im Grunde genau in diesem Sinne umschrieben. Den Verfechtern des Dialektischen Materialismus fehlt es dabei nicht an der entsprechenden theoretischen Begründung. In seinem 1971 erschienenen Buch über «Sprache der Politik» sagt der ostdeutsche Philosoph und Kybernetiker Georg Klaus unmissverständlich, dass mit Hilfe der Sprache «das Verhalten der Menschen in der Produktion, im öffentlichen Leben, ihr moralisches Verhalten so geändert werden muss, dass damit den Zielen des Aufbaus des Sozialismus maximal gedient wird».

Dabei kann die entsprechende Siebung der Information gemäss dem Wissenschafter Klaus nicht allein durch politische Überzeugung veranlasst sein, «sondern auch durch Zwang auf der Grundlage entsprechender Gesetze des sozialistischen Staates ... Das ideologische Tabu wird durch ein administratives ersetzt.» Diese «administrative Informationsregelung» soll das verhüten, was den westlichen Ländern durch die Massenmedien «ge-

schieht»: Die Menschen in diesen Staaten werden «völlig zum blinden Spielball der Manipulation» – der freien Medien selbstverständlich.

So einfach ist das alles, wenn das ideologische Visier wirklich «stimmt». Die Stimmigkeit dieses Fadenkreuzes bedingt allerdings, dass das gesamte Spektrum menschlicher Verständigungsmöglichkeiten jederzeit im Gesichtsfeld der staatlichen Zensur verbleibt. Daher werden selbst Lyriker oder Physiker sofort zu «Feinden des Proletariats», wenn sie aus dem vorgegebenen Feld der inhaltlich bestimmten Wörter und Begriffe ausbrechen oder auch nur an seinen Rand geraten. Von hier aus wird die menschliche Verfolgung selbst von «Abweichlern» im bloss Verbalen erst richtig verständlich. Indem sie den ideologischen Schematismus der «Neusprache» des Regimes durchbrechen oder auch nur aufweichen, schaffen sie Räume eigenständiger Kommunikation, die nicht mehr voll kontrollierbar und damit systemwidrig sind.

Politik als Dialog

Angesichts der kommunistischen Offenlegung dieser Methoden, durch programmierte Sprachmanipulation Herrschaft zu etablieren und zu zementieren, scheint es zunächst schwer verständlich, dass es in der freien Welt zum Beispiel Massenbewegungen für den Frieden gibt, die sich teilweise vom entsprechenden Jargon der Ostblockstaaten hinters Licht führen lassen. Wer diese ganzen Zusammenhänge kennt, ist auch immer wieder verwundert, wie wenig das Wesen der östlichen Politik in manchen Kreisen der westlichen Welt überhaupt begriffen und wie sehr es von vielen zumindest verharmlost wird.

Ein wesentlicher Grund für diesen Sachverhalt mag darin liegen, dass die Sprache der Politik in der freiheitlichen Demokratie ebenfalls mit Problemen behaftet ist und sich damit für viele nur graduell von der östlichen zu unterscheiden scheint. Die westliche Ordnung der Politik pflegt als Staatsform des Dialogs bezeichnet zu werden. Damit dieser Dialog auch wirklich zustande kommt, bedarf es des generellen Einverständnisses über ein Minimum an Sprachregelungen. Zwar werden diese Regelungen in der Demokratie nicht von irgendwelchen Staats- oder Parteigremien verbindlich bestimmt und mit entsprechenden Machtmitteln durchgesetzt, sondern sind selbst Gegenstand eben dieses permanenten, freien Dialogs. Im Idealfall, das heisst im Hinblick auf eine möglichst sachbezogene Politik, müsste sich der Minimalkonsens nicht nur auf die Spielregeln beschränken, wie sie zum Beispiel im parlamentarischen System mit seinen Reglementen und ungeschriebenen Gesetzen ihren Ausdruck finden. Er müsste sich vielmehr auch auf Wortinhalte beziehen.

Beispiel Demokratisierung

In Wirklichkeit war es aber von jeher ein zentrales Merkmal der politischen Sprache, über ein gewisses Mass an «Leerformeln» zu verfügen, über Worte also, die allgemein bekannt und zugleich vage genug sind, um einen weiteren Kreis anzusprechen und gleichzeitig der Phantasie des einzelnen genügend Spielraum zur individuellen Sinnerfüllung zu geben. Zu den Begriffen solcher Art gehört sicherlich die Freiheit, aber auch jener der Demokratie. Beide haben im Lauf der Jahrhunderte manchen Wandel erfahren.

Der Begriff der Demokratie hat in den letzten fünfzig Jahren nicht nur die Deformierung zur kommunistischen «Volksdemokratie» erdulden müssen. Mit dem Schlagwort der Demokratisierung ist im Zeichen der Neuen Linken innerhalb der westlichen Welt ein Kampfbegriff gegen die traditionelle rechtsstaatliche Demokratie entwickelt worden. Die klassische Demokratie beruht auf dem Prinzip der befristeten Kompetenzdelegation. Diese ist mit institutionalisierten Kontrollen versehen und erfolgt auf Zeit. Innerhalb dieser Frist ist der Instanzenzug klar normiert und auch zeitlich gegliedert. Der Widerruf der Kompetenzdelegation ist normalerweise nur durch Neuwahlen möglich. In der Referendumsdemokratie kann dieser Widerruf ausserdem unter Beachtung klarer Regeln punktuell bei Sachgeschäften erfolgen.

Im Gegensatz dazu zielt die Demokratisierungsbewegung der sechziger Jahre – ähnlich wie der «Jacobinismus» der Französischen Revolution – auf permanente Widerruflichkeit der Kompetenzdelegation ab. Mit diesem Prinzip wurden deutsche Universitäten seinerzeit an den Rand der Funktionsfähigkeit gebracht. Die Bürgerinitiativen sind rein entscheidungstechnisch gesehen eine punktuell angelegte Variante davon: Sie versuchen sich dem ordentlichen Instanzenzug in einer Spätphase entgegenzustemmen, und zwar ohne Rücksicht auf die verfassungsrechtliche Lage.

Zwischen Fachchinesisch und Vulgärsprache

Dieses eine, in seiner gedrängten Darstellung vielleicht etwas komplex erscheinende Beispiel muss hier genügen. Es zeigt, wie wandelbar auch das scheinbar beständige politische Vokabular unserer demokratischen Ordnung ist. Eine weitere Problematik unserer politischen Sprache liegt in ihrem Kontrast zur Sprache jener Bereiche, mit denen sie es immer mehr zu tun hat: mit Wissenschaft und Technik. Nehmen wir die Wirtschaftswissenschaften. Während die Werke grosser Nationalökonomen der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts so verständlich geschrieben waren, dass sie

direkt in die Öffentlichkeit und damit in die Politik hineinwirkten, hat sich in den letzten dreissig Jahren ein «Wissenschaftschinesisch» entwickelt, das die Kommunikation zwischen Theoretikern und Praktikern fast unmöglich macht. Dazu kommt, dass auch die Sprache der Verwaltung entsprechend ihrer extrem gewachsenen Komplexität immer schematischer und komplizierter wird und sich so ebenfalls immer mehr von der «politischen Umgangssprache» entfernt.

Diese politische Alltagssprache ihrerseits sollte womöglich noch flexibler sein als früher. Denn sie ist ja einerseits das Verständigungsmittel zwischen Volksvertretern, und das sind in der Regel notgedrungenermassen «Generalisten» und nicht Spezialisten. Sie ist aber auch Kommunikationsmittel zwischen den politischen Repräsentanten und deren Wählern, muss also paradoxerweise um so einfacher sein, je vielfältiger die Probleme sind, weil der Bürger sonst vollends kopfscheu wird.

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Mit diesem Dilemma hat der heutige Politiker zu leben. Er riskiert dabei, von den Spezialisten als «terrible simplificateur» apostrophiert zu werden, während seine Darstellungen der immer komplizierter werdenden Probleme und Zusammenhänge dem von Informationen überschwemmten Bürger oft immer noch wenn nicht «chinesisch», so doch «spanisch» vorkommen. Neben der reinen Vermittlung von Information ist die Sprache dabei auch noch Instrument des politischen Kampfes. Mit ihr wird unter Politikern am Verhandlungstisch, in Parlamentsdebatten und in öffentlichen Diskussionen um Lösungen von Sachfragen wie um Wähleranteile gerungen.

Die politische Sprache ist also Vehikel von Informationen wie von emotional eingefärbten Botschaften. Sie kann prägnant und präzis, sie kann aber auch vorsätzlich unscharf, mehrdeutig und leidenschaftlich sein, je nach der jeweiligen Situation. Dieses Spektrum ist zwar nicht wesentlich verschieden von jener der Alltagssprache quer durch alle Schichten hindurch. Der Politiker sitzt aber im Glashaus der Öffentlichkeit, und seine Sprache ist ein Hauptmittel zur Wahrheits- und Entscheidungsfindung in Handlungsabläufen, die nicht einfach das private Einzelschicksal, sondern die Geschicke des Gemeinwesens bestimmen. Darum schliesst politische Verantwortung nicht zuletzt auch die Pflicht mit ein, sich um grösstmögliche Glaubhaftigkeit der Sprache der Politik zu bemühen. Ist diese Glaubhaftigkeit einmal verloren, dann steht auch die Glaubwürdigkeit des politischen Systems selbst in Gefahr.